

Nord Stream 2022: Terrorakt, Bündnistreue und das organisierte Schweigen

Von Wolfgang Effenberger

11.05.2026

Über Jahre war Nord Stream 1 und 2 Gegenstand intensiver Debatten im Bundestag: die Regierung verteidigte das Projekt als Beitrag zur Versorgungssicherheit, Kritiker warnten vor Abhängigkeit von Russland und vor sicherheitspolitischen Risiken.¹

Der Bundestag diskutierte auch wiederholt die US-Sanktionen gegen Nord Stream 2; große Teile des Hauses (auch Union und SPD) sahen darin einen unzulässigen Eingriff in deutsche und europäische Energiesouveränität.²

Es gibt Motive und einzelne politische Aussagen (z.B. Bidens „we will bring an end to Nord Stream 2“), aber bis heute keine forensische Spur, die sie mit der konkreten Operation verbindet.³

1. Ein Terroranschlag, den niemand so nennen darf

Wenige Tage nach dem 26. September 2022, als vier Explosionen in der Ostsee drei der vier Röhren der Nord-Stream-Pipelines zerstörten, sprach die Bundesregierung von „Leaks“ und „Explosionsereignissen“ – nicht von einem Terroranschlag. In den frühen Meldungen der Leitmedien war von „mysteriösen Beschädigungen“ und „Gasblasen“ die Rede, während seismologische Daten bereits eindeutig auf Sprengsätze hindeuteten.

Wolfgang Effenberger ordnete die Vorgänge von Beginn an anders ein. Für ihn handelte es sich um „Unterwasseranschläge zum Schaden Deutschlands“⁴ – einen konzertierten Terror- beziehungsweise Sabotageakt mit hochspezialisierter Sprengtechnik und Tauchern der Extraklasse, der eine neue Stufe im Konflikt zwischen den USA und Russland markierte. Er verwies sofort auf den zeitlichen Zusammenhang zur Eröffnung der „Baltic Pipe“ und zur energiepolitischen Neuorientierung Europas und interpretierte den Anschlag als strategische Neuordnung zulasten Deutschlands und Russlands mit weitreichenden politischen und wirtschaftliche Konsequenzen für Europa. Er sah „erhebliche geopolitischen Folgen“ vor allem darin, dass Europa energiepolitisch noch stärker von den USA abhängig und sich der Konflikt mit Russland vertiefen wird.

Die zentrale Frage zieht sich seither durch jede ernsthafte Analyse: Warum darf dieser Angriff politisch und medial nicht das genannt werden, was er technisch und völkerrechtlich ist – ein terroristischer Gewaltakt gegen kritische Zivilinfrastruktur eines Verbündeten?

2. Was geschah: Eine kriminalistische Bestandsaufnahme

Technisch ist der Fall erstaunlich klar. Vier Explosionen wurden seismologisch registriert, die Schäden an den Leitungen liegen in 70 bis 80 Metern Wassertiefe.⁵ Unabhängige Sprengstoffexperten und

Unterwasserteams kamen übereinstimmend zu dem Schluss, dass relativ kleine, aber präzise platzierte Ladungen von außen an die betonummantelten Stahlrohre angebracht worden sein müssen.

Die Rahmenbedingungen – Tiefe, Kälte, Strömung, Dunkelheit, mehrere Ziele, synchrone Zündungen – schließen eine improvisierte Aktion von Hobbytauchern praktisch aus. Ein solcher Einsatz erfordert militärisch ausgebildete Spezialkräfte, komplexe Tauchprofile, Spezialausrüstung, logistische Planung und nachrichtendienstliche Vorbereitung.

Fest steht auch: Es handelte sich eindeutig nicht um eine Havarie. Dänemark, Schweden, Deutschland und die EU gehen offiziell von vorsätzlich herbeigeführten Sprengungen aus. Unklar bleibt bis heute, wer die Operation befohlen hat und welche Dienste, Flottenverbände oder Spezialkräfte im Detail beteiligt waren. Die Ermittlungsbehörden der betroffenen Staaten berufen sich auf laufende Verfahren und Staatswohlgründe, wenn es um konkrete Erkenntnisse zu Tätern, Mitteln und möglichen staatlichen Hintermännern geht, und schweigen bzw. mauern.

3. Die kriminalistische Grundfrage: Cui bono?

Jede kriminalistische Untersuchung beginnt mit der Frage: Wer hatte Motiv, Mittel und Gelegenheit? Auf den Nord-Stream-Anschlag übertragen heißt das: Wer verfügte 2022 über die technische Fähigkeit, solch eine Operation durchzuführen, wer hatte Zugriff auf den Operationsraum Ostsee – und wem nützt die dauerhafte Zerstörung der russisch-deutschen Energieverbindung?

Russland wird in einem Teil der westlichen Öffentlichkeit als möglicher Täter geführt. Als Motive werden eine "False-Flag"-Operation oder die Beseitigung einer politisch wertlos gewordenen Infrastruktur genannt. Dem steht entgegen, dass Nord Stream für Moskau bis zuletzt ein wichtiges Druckmittel gegenüber Europa war – ökonomisch durch günstige Gaspreise, politisch als Spaltinstrument innerhalb der EU. Sich selbst dieses Hebels zu berauben, ist nur in sehr konstruierten Szenarien rational.

Die Ukraine hingegen hatte ein offenkundiges strategisches Motiv. Nord Stream war aus Kiewer Sicht die zentrale russische Energiewaffe: Über die Leitung konnte Moskau Europa erpressen und zugleich die Bedeutung der ukrainischen Transitleitungen untergraben. Eine irreversible Zerstörung nimmt Russland diese Option, erschwert jeden späteren „Gas-Deal“ über den Kopf der Ukraine hinweg und bindet Europa dauerhaft an alternative Lieferanten. Deutsche und internationale Medienberichte zeichnen seit 2023/24 das Bild einer „ukrainisch geführten Operation“ mit militärisch ausgebildeten Tauchern und gefälschten Pässen, möglicherweise mit Duldung oder Teilkenntnis westlicher Dienste.

Die USA schließlich hatten seit Jahren offen gegen Nord Stream gearbeitet. Sanktionen, Drohungen, der öffentliche Satz Bidens „we will bring an end to Nord Stream 2“ – die politische Motivation, dieses Projekt zu stoppen, ist dokumentiert. Nach der Sprengung steigen die US-LNG-Exporte nach Europa massiv, amerikanische Energie- und Rüstungsunternehmen profitieren, und Washington gewinnt größeren

Einfluss auf die europäische Energiearchitektur. Es gibt bisher keine gerichts feste Spur, die eine direkte US-Beteiligung beweist; aber die Kombination aus Motiv und Nutzen ist offensichtlich.

Die stärkste Indizienkette führt derzeit nicht nach Moskau, sondern in Richtung eines ukrainischen Kommandos mit quasi-staatlichem Hintergrund – eingebettet in eine Geopolitik, in der auch Verbündete als Profiteure und mögliche Mitwisser auftauchen.

4. Seymour Hersh und die filmreife Medienantwort

Im Februar 2023 veröffentlichte der amerikanische Investigativjournalist Seymour Hersh seine vielbeachtete Rekonstruktion des Nord-Stream-Anschlags. Auf Basis eines anonymen Insiders zeichnete er ein Szenario, in dem US- und norwegische Kräfte während des NATO-Manövers BALTOPS 22 Sprengsätze an den Leitungen installierten, die später gezündet wurden. Offiziell dementierten Washington und Oslo, eine unabhängige Überprüfung der Details steht bis heute aus.

Die mediale Reaktion im Westen folgte einem bemerkenswert einheitlichen Muster: weniger Prüfung der Thesen als das Bemühen, Hersh als Quelle zu diskreditieren. Parallel dazu lancierten deutsche und internationale Medien eine neue Geschichte: Eine „pro-ukrainische Gruppe“ habe mit der Segelyacht Andromeda den Anschlag durchgeführt.

Wolfgang Effenberger bezeichnete diese Darstellung in einem eigenen Text als „filmreife Medienantwort“⁶ auf Hershs Enthüllungen. Er stellte nüchterne Fragen: Wie soll eine 15-Meter-Charter yacht mehrere Tonnen Sprengstoff, Spezialausrüstung, technische Infrastruktur und eine Elite-Tauchergruppe unauffällig transportieren? Wie wurden die strengen Dekompressionsregeln auf engem Raum eingehalten? Wie passten die angeblichen Bewegungsdaten der Yacht zu den bekannten Explosionsorten?

Seine Schlussfolgerung: Die Andromeda-Spur ist real – aber als alleinige Erklärung technisch schwach.⁷ Vieles spreche dafür, dass hier mindestens ein Teil der Operation abgebildet oder womöglich bewusst eine Fährte gelegt wurde. Diese skeptische Einordnung machte Effenberger zu einem nachgefragten Gesprächspartner internationaler Medien, darunter chinesischer Staatsmedien, die seine Argumente in ihre eigene Kritik an der westlichen Deutungshoheit einbauten.

Die chinesische Deutschlandkorrespondentin wurde mit einem Kameramann von Berlin nach Pöcking/Starnberger See in Marsch gesetzt, um ein Interview zu den Nord-Stream-Explosionen aufzuzeichnen. Es erschien am 19. März 2023 um 19 Uhr in der Sendereihe 新闻直播间 (Xinwen Zhibojian, „News Live Room“) auf CCTV-13.

Das ist die Hauptabend-Nachrichtensendung von CCTV, eine der wichtigsten Nachrichtenshows in China

Interview im chinesischen TV



Die weiß hinterlegte Bauchbinde lautet „德国国防部前官员 沃尔夫冈·埃芬贝格尔“ – wörtlich etwa „ehemaliger Beamter des deutschen Verteidigungsministeriums, Wolfgang Effenberger“. Die zweite, weiße Textzeile ist ein O-Ton-Zitat; sinngemäß steht dort: „Ich denke, nur die USA und die NATO wären in der Lage, so etwas zu tun.“

5. Die Andromeda-Spur: Puzzlestück oder Finte?

Offiziell gilt die Andromeda als zentrales Beweisstück. Auf ihr fanden Ermittler Sprengstoffspuren, die Charterdaten sind dokumentiert, und mehrere mutmaßliche Beteiligte reisten mit falschen Identitäten über europäische Häfen. Die Yacht taucht in zahlreichen Berichten und Leaks als Ausgangspunkt der Operation auf.

Technische und taktische Analysen von Tauch- und Sprengstoffexperten relativieren diese Darstellung jedoch deutlich. Ein Einsatz in 70–80 Metern Tiefe, bei kaltem Wasser, Strömung und Dunkelheit, mit präzisem Anbringen von Ladungen an dickwandigen, betonierten Stahlrohren erfordert: Mischgas- oder Rebreather-Systeme, redundante Technik, ausreichend Platz für Ausrüstung, strikte Dekompressionspläne und im Idealfall ein unterstützendes Plattform- oder Versorgungsschiff. All das lässt sich auf einer kleinen Charteryacht nur sehr begrenzt unterbringen.

Deutsche Ermittler sprechen inzwischen davon, die Andromeda sei „ein zentrales Puzzlestück“ – nicht mehr das alleinige. Tauchexperten warnen davor, die technische Machbarkeit mit dem praktischen Risiko zu verwechseln: Theoretisch könne eine derartige Operation von einer Yacht aus durchgeführt werden, praktisch sei sie extrem aufwendig, gefährlich und auffällig.

Wenn die Andromeda Teil der Operation war, deutet alles auf ein professionell geführtes, staatlich gestütztes Kommando hin – nicht auf eine spontane „Privataktion“ patriotischer Ukrainer. Patriotische Emotion mag den Einzelnen motivieren; Planung, Freigabe und Durchführung eines solchen Einsatzes sind Ausdruck staatlicher Machtpolitik.

6. Der UN-Sicherheitsrat: Aufklärung unerwünscht

Am 21. Februar 2023 behandelte der UN-Sicherheitsrat den Nord-Stream-Anschlag in einer von Russland beantragten Sitzung. Moskau legte einen Resolutionsentwurf vor, der eine vom Generalsekretär eingesetzte internationale Untersuchungskommission fordern sollte. Als externe Experten sprachen der Ökonom Jeffrey Sachs⁸ und der ehemalige CIA-Analyst Ray McGovern.⁹

Sachs argumentierte, die Zerstörung von Nord Stream sei ein Akt internationalen Terrorismus und eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit; der Sicherheitsrat sei verpflichtet zu handeln. Er verwies auf die technische Komplexität der Operation, die praktisch nur von staatlichen Akteuren durchgeführt werden könne, und forderte Deutschland, Schweden und Dänemark auf, ihre Untersuchungsergebnisse offen zu legen. McGovern knüpfte stärker an Hershs Darstellung an und deutete eine mögliche US-Beteiligung an.

China und mehrere Staaten des Globalen Südens griffen diese Argumentation offen auf.¹⁰ Sie sprachen von einer Bedrohung der globalen Energiesicherheit, forderten Transparenz und eine glaubwürdige, internationale Aufklärung. Für sie passte der Nord-Stream-Fall in ein Muster: mächtige Staaten zerstören Infrastruktur, ohne ernsthafte Konsequenzen fürchten zu müssen.

Die westlichen Staaten – darunter Deutschland – lehnten den russischen Resolutionsentwurf ab oder enthielten sich. Offiziell verwiesen sie darauf, dass bereits drei rechtsstaatliche Demokratien mit hoher technischer Kompetenz ermittelten und eine zusätzliche UN-Kommission politisch missbraucht werden könnte. De facto bedeutete die Entscheidung: Keine internationale, unabhängige Untersuchung, keine Verpflichtung zur Offenlegung nationaler Ermittlungsergebnisse.

Damit entstand ein Widerspruch, auf den Sachs und McGovern ausdrücklich hinwiesen: Dieselben Staaten, die seit 2001 einen globalen „Krieg gegen den Terror“ führen und bei Anschlägen wie 9/11 kompromisslose Aufklärung fordern, vermeiden im Fall Nord Stream den Terrorbegriff und blockieren eine internationale Untersuchung.¹¹

7. Dreieinhalb Jahre Schweigen – und was es bedeutet

Dreieinhalb Jahre nach dem Anschlag ist die strafrechtliche Täterschaft nicht gerichtsfest geklärt. Die stärkste Indizienkette weist in Richtung eines ukrainischen Kommandos mit staatlicher Rückendeckung; die Möglichkeit stiller Mitwisserschaft oder Duldung westlicher Dienste steht im Raum; russische Eigen-

Sabotage wird in seriösen Analysen eher als weniger wahrscheinlich eingestuft. Doch auf der Ebene der offiziellen Politik bleibt all dies unausgesprochen.

Die Bundesregierung verweist auf laufende Ermittlungen, die Nicht-Transparenz wird mit "Staatswohl" und Schutz ausländischer Dienste begründet. Im Bundestag werden kritische Nachfragen abgeblockt, der Fall wird in die Sphäre technischer Strafverfolgung verschoben – weg von der politischen Frage "Wer wollte Deutschland und Europa schwächen?" hin zur juristischen Frage "Welche Beweise sind gerichtsfest?".

Aus Sicht der Regierung dominiert ein anderes Kalkül: Russland gilt als Hauptbedrohung der europäischen Sicherheitsordnung, die Ukraine als vorgeschobener Verteidigungsraum. In dieser Logik wiegt die strategische Unterstützung Kiews schwerer als die vollständige Aufklärung eines Anschlags, bei dem Verbündete als Täter in Frage kommen könnten. Die Pipelines waren politisch bereits "verbrannt", die energiepolitische Neuaufstellung läuft; ein Bruch mit der Ukraine oder den USA wegen Nord Stream würde in Berlin als sicherheitspolitisch gefährlicher eingestuft als das Inkaufnehmen eines "Freundschaftsverbrechens".

Aus Sicht eines Bürgers wirkt diese Haltung wie blanke Verlogenheit: Terror wird rigoros verfolgt, solange er von Gegnern ausgeht; sobald es um die eigene Seite oder um Verbündete geht, werden Begriffe geändert, Standards gesenkt und Aufklärung begrenzt. Genau diesen Widerspruch legt der hier ausgearbeitete Text offen – nicht um eine endgültige Täterschaft zu behaupten, sondern um sichtbar zu machen, wie weit sich westliche Realpolitik von den eigenen normativen Ansprüchen entfernt hat.

Der Anschlag auf Nord Stream hätte als Terrorangriff auf die Energieinfrastruktur eines NATO-Staates gelten müssen. Stattdessen sprechen Regierungen von "Leaks" und "Sabotage", blockieren eine internationale Untersuchung und verweisen auf laufende, nationale Verfahren. Der Text zeigt, warum Motiv, Mittel und Nutzen klar auf staatliche Akteure hindeuten, wie die Andromeda-Geschichte als filmreife Ablenkung funktioniert – und weshalb die deutsche Politik ein mögliches "Freundschaftsverbrechen" lieber verschweigt, als Bündnisse infrage zu stellen.

¹

<https://www.bundestag.de/resource/blob/710610/aec70e041144d78838e80199e01b753a/protokoll.pdf>

² <https://www.deutschlandfunk.de/eu-politiker-david-mcallister-cdu-eine-politische-frage-ob-100.html>

³ <https://www.wsws.org/en/articles/2023/02/24/jukk-f24.html>

⁴ Wolfgang Effenberger: Eine neue Stufe im Konflikt zwischen USA und Russland? Unterwasseranschlüsse zum Schaden Deutschlands. NRhZ-Online-Flyer Nr. 799 vom 19.10.2022

⁵ <https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-pipelines-anschlag-100.html>

⁶ Filmreife Medienantwort auf Hershs Attentats-Enthüllungen

<https://www.apolut.net/filmreife-medienantwort-auf-hershs-attentats-enthuellungen-von-wolfgang-effenberger/>

⁷ <https://web.archive.org/web/20230403192015/https://www.washingtonpost.com/national-security/2023/04/03/nord-stream-bombing-yacht-andromeda/>

⁸ <https://www.jeffsachs.org/recorded-lectures/f4rsfnzw9rbdx2tz2n38lfgsctsbc8;>

<https://lavocedinewyork.com/en/un/2023/02/21/nord-stream-blast-the-former-cia-analyst-sings-at-the-un-security-council/>

⁹ <https://peaceandplanetnews.org/jeffery-sachs-and-ray-mcgovern-at-the-un/>

¹⁰ https://un.china-mission.gov.cn/eng/hyyfy/202302/t20230222_11029180.htm

¹¹ <https://uaeun.org/statement/uae-unsctips-21feb/>; <https://peaceandplanetnews.org/jeffery-sachs-and-ray-mcgovern-at-the-un/>; <https://www.reuters.com/business/energy/nord-stream-investigations-by-denmark-sweden-germany-are-ongoing-2023-02-21/>